

Alexander Rabinowitch

DIE SOWJETMACHT

DAS ERSTE JAHR



Die Sowjetmacht

Alexander Rabinowitch

Die Sowjetmacht

Das erste Jahr

**Aus dem Amerikanischen von Andrea Rietmann und
Peter Sondershausen**

Mehring Verlag

*Meinem Zwillingbruder Victor,
dem Weltbürger, Humanisten und Freund*

Inhalt

Vorwort und Danksagung

Prolog - Die Bolschewiki und die Oktoberrevolution in Petrograd

Teil I: Die Niederlage der Gemäßigten

1. Die Regierungsbildung
2. Von der Rebellion zur Staatsmacht
3. Das Kräftemessen wird vorbereitet
4. Das Schicksal der Konstituierenden Versammlung

Teil II. Krieg oder Frieden?

5. Die Front gegen Lenin
6. »Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr«
7. Der Schandfrieden

Teil III. Die Sowjetmacht am Rand des Abgrunds

8. Ein stürmischer Frühling
9. Kein Ende der Krisen
10. Die Nordkommune und das Bündnis zwischen Bolschewiki und Linken Sozialrevolutionären
11. Der Selbstmord der Linken Sozialrevolutionäre

Teil IV. Revolutionsfeiern im Zeichen des Terrors

12. Wie es zum »Roten Terror« kam

13. Der Rote Terror in Petrograd

14. Die Feiern zum »größten Ereignis der Weltgeschichte«

15. Der Preis des Überlebens

Zeittafel

Auswahl-Bibliografie

Impressum

Vorwort und Danksagung

Im Oktober 1917 ergriffen die Bolschewiki in Russland die Macht. Das Regime, das sie errichteten und das sich den weltweiten Sieg des Kommunismus auf die Fahnen geschrieben hatte, drückte der russischen Politik und Gesellschaft mehr als 75 Jahre seinen Stempel auf. Mit gutem Grund lässt sich behaupten, dass dies die Weltgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts nachhaltiger geprägt hat als irgendein anderes Ereignis.

Meine Aufmerksamkeit als Forscher und Publizist galt bislang vor allem der Oktoberrevolution von 1917 und deren unmittelbaren Folgen in Petrograd, der Stadt, die heute St. Petersburg heißt und damals die Hauptstadt erst des zaristischen und dann des revolutionären Russland war. In meinem ersten Buch, *Prelude to Revolution: The Petrograd Bolsheviks and the July Uprising* (Indiana University Press, 1968), ging ich den Ursachen, der Entwicklung und den Ergebnissen des gescheiterten Juli-Aufstands in Petrograd auf den Grund. Zum einen wollte ich so die tieferen Ursachen der allgemeinen Unzufriedenheit mit der liberal-gemäßigten sozialistischen Provisorischen Regierung aufdecken. Zum anderen ging es mir darum, das Programm, die Struktur, den Modus Operandi sowie die Stärken und Schwächen der bolschewistischen Partei (im Vergleich zu anderen politischen Parteien dieser Zeit) deutlich herauszuarbeiten. In meinem nächsten Buch, *The Bolsheviks come to Power* (1976) stützte ich mich auf die Erkenntnisse aus *Prelude to Revolution*, um ein tieferes Verständnis dafür zu entwickeln, was den Charakter der Oktoberrevolution von

1917 ausmachte, weshalb keine Demokratie nach westlichem Vorbild zustandekam und aus welchen Gründen Lenin und die Bolschewiki den Sieg davontrugen. Bei beiden Büchern ging es mir vor allem darum, die Ereignisse in Petrograd eingehender zu beleuchten, um wichtige, bis dahin wenig untersuchte Fragen zu den Bolschewiki und zum Verlauf der Oktoberrevolution zu erörtern.

The Bolsheviks come to Power und *Prelude to Revolution* widersprachen gängigen Vorstellungen von der Oktoberrevolution, sah man doch im Westen die Oktoberrevolution gemeinhin als eine Art Militärputsch, den eine kleine, verschworene Bande revolutionärer Fanatiker unter der genialen Führung Lenins angezettelt hatte. Demgegenüber ergaben meine Nachforschungen, dass die bolschewistische Partei in Petrograd 1917 zu einer Massenpartei herangewachsen war und keineswegs eine monolithische Bewegung darstellte, die sich im Gleichschritt hinter Lenin eingereiht hätte. Ihre Führung bestand vielmehr aus einem linken, einem zentristischen und einem gemäßigten Flügel, die alle dazu beitrugen, eine revolutionäre Strategie und Taktik zu entwickeln. Weiter zeigte sich, dass der Erfolg, der der Partei nach dem Sturz des Zaren im Februar 1917 im Kampf um die Macht beschieden war, folgenden ausschlaggebenden Faktoren zuzuschreiben war: der organisatorischen Flexibilität der Partei, ihrer Offenheit und Aufgeschlossenheit für die Anliegen der Bevölkerung sowie ihren engen und sorgsam gepflegten Verbindungen zu Fabrikarbeitern, Soldaten der Petrograder Garnison und den Matrosen der Baltischen Flotte. Ich kam zu dem Ergebnis, dass die Oktoberrevolution in Petrograd weniger eine militärische

Operation war, sondern eher ein allmählicher Prozess auf dem Boden einer in der Bevölkerung tief verwurzelten politischen Kultur sowie einer weit verbreiteten Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Februarrevolution, kombiniert mit der unwiderstehlichen Anziehungskraft der Versprechen der Bolschewiki – sofortiger Friede, Brot, Land für die Bauern und Basisdemokratie durch Mehrparteiensowjets.

Diese Interpretation warf allerdings ebenso viele Fragen auf, wie sie beantwortete. Wenn der Erfolg der bolschewistischen Partei 1917, soviel schien klar, wenigstens zum Teil ihrem offenen, relativ demokratischen und dezentralisierten Charakter und Handeln zu verdanken war, wie war dann zu erklären, dass sich diese Partei so schnell in eine der am stärksten zentralisierten und autoritärsten politischen Organisationen der Neuzeit verwandelte? Und weiter, wenn die Sowjets 1917 zutiefst demokratische Organisationen waren, Organe der Volksherrschaft in embryonaler Form, wie es die Ergebnisse meiner Untersuchungen nahelegen, welche Faktoren führten dann dazu, dass ihre Unabhängigkeit wie auch die anderer Massenorganisationen in so kurzer Zeit zerstört wurde? Die vielleicht entscheidendste Frage lautete: Wenn ein großer Teil der unzufriedenen Unterschicht Petrograds, die den Sturz der Provisorischen Regierung anführte und den Bolschewiki die Machtergreifung leicht machte, eine egalitäre Gesellschaft und ein demokratisch-sozialistisches politisches System anstrebte, das Platz für viele Parteien bieten sollte, und wenn – auch das belegen meine Studien – viele bekannte Bolschewiki dieses Ziel ebenfalls verfolgten, wie lässt sich dann erklären, dass diese Ideale in so kurzer Zeit

ausgehöhlt wurden und die autoritäre bolschewistische Herrschaft sich derart verfestigen konnte?

Um diese Kernfragen geht es im vorliegenden Buch. Diesen Band fertigzustellen kostete sehr viel Zeit, ironischerweise gerade durch die Liberalisierung, die Gorbatschow auf kulturellem Gebiet eingeleitet hatte. Anfang der 1980er Jahre hatte ich umfassende Recherchen vor Ort in Leningrader und Moskauer Bibliotheken abgeschlossen. Lange vor Gorbatschows Amtsantritt und dem Ende der Sowjetunion 1991 hatte ich damit begonnen, die wichtigsten Kapitel in einer Rohfassung niederzuschreiben. Allerdings ließen die Ergebnisse in meinen Augen zu wünschen übrig; dies galt insbesondere für die Phase, in deren Gefolge im ersten Halbjahr 1918 ein großer Teil der nicht-bolschewistischen Presse eingestellt wurde, womit ich eine der wichtigsten Quellen meiner Forschungstätigkeit verlor. Selbst die nur bedingt aufschlussreichen veröffentlichten Dokumente zu Ereignissen, Institutionen, gesellschaftlichen Gruppen und politischen Persönlichkeiten und Parteien, insbesondere zur bolschewistischen Partei in Petrograd, die für meine Untersuchungen zum Jahr 1917 von größter Wichtigkeit waren, fehlten für 1918 völlig. Um dieses Buch zu vollenden, brauchte ich daher Zugang zu den Archiven der sowjetischen Regierung und der Kommunistischen Partei, die zur damaligen Zeit noch strengster Geheimhaltung unterlagen.

Ein erster bedeutsamer Hinweis auf die einschneidende Veränderung, die die Liberalisierung unter Gorbatschow für meine Arbeit als westlicher Historiker der russischen Revolution und der Anfänge der Sowjetherrschaft bedeuten würde, war die Publikation meines Buches *The Bolsheviks*

come to Power im Jahr 1989. Damit wurde erstmals eine westliche Studie der Revolution in der Sowjetunion veröffentlicht. Ich erinnere mich an die Buchvorstellung im Verlagshaus Progress Publishing in Moskau; es war einer der Höhepunkte meines Lebens. Doch selbst nach der Veröffentlichung des Buches in der Sowjetunion schien die Möglichkeit, dass ein »bürgerlicher Fälscher« wie ich schon bald sowjetische historische Archive würde auswerten können, noch in weiter Ferne zu liegen.

Dies änderte sich schlagartig, als ich im Juni 1991 Russland besuchte, um in Moskauer und Leningrader Bibliotheken weitere Nachforschungen anzustellen. Mit der Unterstützung sowjetischer Kollegen ersuchte ich um Zugang zu staatlichen Archiven und zu Archiven der Kommunistischen Partei in Moskau und Leningrad – und zu meiner großen Überraschung wurde mir dieser Zugang gewährt. Natürlich war klar, dass manches, was für mich von größtem Interesse war, weiterhin der Geheimhaltung unterliegen würde; doch mir stand nun Quellenmaterial zur Verfügung, das um ein Vielfaches umfangreicher war als zuvor. Als ich dann 1993 zum ersten Mal in den Archiven des ehemaligen KGB arbeiten durfte, kam noch viel Material hinzu, und in den verbleibenden Jahren bis 2000, als immer mehr Dokumente freigegeben wurden, standen mir schließlich weitaus reichhaltigere Quellen zur Verfügung als zuvor. Soviel zur positiven Seite der Medaille. Die negative war, dass ich mit meinen Recherchen praktisch von vorne anfangen musste.

Ein Verzeichnis der Quellen, auf die sich diese Arbeit stützt, findet sich in der Bibliografie am Ende dieses Buches. Zu den wichtigen, unveröffentlichten Quellen über das erste Jahr der Sowjetmacht in Petrograd, zu denen ich

Zugang hatte, zählen Sitzungsprotokolle des bolschewistischen Petersburger Komitees aus dem Jahr 1918 und Protokolle anderer Petrograder Parteiforen, Sitzungsprotokolle von Bezirkskomitees der Bolschewiki, Sitzungsprotokolle des Rats der Volkskommissare (Sownarkom), stenografische Aufzeichnungen wichtiger Sitzungen des Petrograder Sowjets und seiner Führungsgremien, Sitzungsprotokolle von Petrograder Bezirkssowjets, interne Vermerke, Korrespondenz, unveröffentlichte Memoiren, ausführliche Aufzeichnungen für andere Parteien und Regierungs-, Verwaltungs- und städtische Gremien sowie die Personalakten von wichtigen bolschewistischen Führern dieser Periode. Außerdem konnte ich einige (natürlich bei Weitem nicht alle) aussagekräftige Fallakten der Allrussischen Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage (Tscheka) sowie Fallakten damaliger lokaler Ermittlungsbehörden auswerten. Ähnlich wertvoll für mich waren umfangreiche, mit ausführlichen Anmerkungen versehene Sammlungen ehemals als geheim eingestufteter Akten über die Geschichte anderer politischer Organisationen als der bolschewistischen Partei während der revolutionären und der unmittelbar nachrevolutionären Phase, die in Russland in den letzten anderthalb Jahrzehnten für die Öffentlichkeit freigegeben wurden.

Dieses erstmals zugängliche Quellenmaterial in seiner Gesamtheit hat es zum ersten Mal ermöglicht, die Debatten und die Entscheidungsfindung innerhalb der bolschewistischen Partei von der Parteispitze bis hinunter zur Parteibasis in Petrograd zu untersuchen und die Entwicklung der Partei- und Regierungsinstitutionen und ihr Verhältnis zueinander auf allen Ebenen ebenso zu

erforschen wie die Herausbildung der politischen Anschauungen der breiten Bevölkerung während des ersten Jahres der Sowjetmacht. Anhand dieser Analyse habe ich dann versucht, die Dynamik in der Anfangsphase der Entwicklung des repressiven, ultraautoritären sowjetischen politischen Systems zu rekonstruieren – vor dem Hintergrund der gravierenden politischen, ökonomischen, sozialen und militärischen Krise, mit der sich Petrograd nach der Oktoberrevolution konfrontiert sah. Ich hoffe, dass diese Rekonstruktion, die gewiss noch unvollständig ist, neue Einsichten zu einer der wichtigsten geschichtswissenschaftlichen Fragestellungen in Bezug auf die frühe sowjetische Geschichte liefern wird: Wie entscheidend war der Einfluss der aktuellen Ereignisse und Entwicklungen sowie der Reaktionen darauf für die Herausbildung des hoch zentralisierten, autoritären politischen Systems Russlands im Verhältnis zum Einfluss der vorgefassten revolutionären Ideologie beziehungsweise der strikten und diktatorisch geprägten Verhaltensmuster der Bolschewiki?

Die Sowjetmacht. Das erste Jahr gliedert sich in vier Teile. Teil 1 behandelt die Phase von der Oktoberrevolution bis zur Auflösung der Konstituierenden Versammlung im Januar 1918. In diesem Zeitraum festigten die Bolschewiki ihre Herrschaft in Petrograd, und Lenin gelang es, gemäßigte Bolschewiki im Schach zu halten, die die Aussicht auf baldige sozialistische Revolutionen im Ausland skeptisch beurteilten und ihre Hoffnungen stattdessen in eine den Sozialisten wohlgesinnte Konstituierende Versammlung setzten, welche die Revolution in Russland vorantreiben sollte. Im Brennpunkt des zweiten Teils stehen Verlauf und Folgen der erbitterten

Auseinandersetzungen um den Brester Friedensvertrag. Die Kontroverse um diesen Separatfrieden mit Deutschland entzündete sich im Januar 1918 zwischen einer Mehrheit führender Petrograder Bolschewiki und Lenin. Sie endete im März, als die deutschen Truppen bis Petrograd vorstießen, mit der panischen Flucht der Sowjetregierung nach Moskau und der Ratifizierung des Vertrags. Im dritten Teil widme ich mich den verheerenden innenpolitischen und militärischen Krisen Petrograds im Frühjahr und Frühsommer 1918 sowie den Reaktionen der Arbeiter darauf. Außerdem gehe ich der Frage nach, wie diese Krisen die Haltung der Bolschewiki zum Regieren in der mittlerweile »zweitwichtigsten Stadt« Russlands prägten. Abschließend beleuchte ich das Scheitern des Bündnisses zwischen Bolschewiki und Linken Sozialrevolutionären in der Nördlichen Oblast und die Wende zur Einparteienherrschaft Anfang Juli. Teil 4 schließlich befasst sich hauptsächlich mit den Petrograder Bolschewiki und den politischen Entwicklungen im Juli und August 1918, die im Herbst in die Ausrufung des »Roten Terrors« mündeten, außerdem behandelt es die Dynamik und die Folgen des Terrors in Petrograd. Das dritte Kapitel des vierten Teils beschreibt die Organisation und Durchführung der Mammutfeiern zum ersten Jahrestag der Oktoberrevolution in Petrograd. Mein Ziel ist es, anhand der Festlichkeiten den Zustand, die revolutionären Hoffnungen und das Selbstbild der Petrograder Bolschewiki zu beurteilen, und auch die veränderte Struktur der Petrograder Regierung nach zwölf Monaten verzweifelten Kampfes, bis zum Ausbruch der sehnsüchtig erwarteten, entscheidenden sozialistischen Revolutionen im Westen an der Macht zu bleiben. Im gesamten Buch nehme ich bestimmte

Ereignisse und Situationen ins Visier, die besonders wertvolle Einsichten zur Beantwortung zentraler Fragen liefern, die heute noch Rätsel aufgeben, beispielsweise die Frage, wie sich der Charakter der bolschewistischen Partei und der Sowjets im Anschluss an die Oktoberrevolution veränderte, und die Frage, wie die Kluft zwischen den ursprünglichen Zielen der Revolution und ihren frühen Ergebnissen zu erklären ist.

Die russischen Namen sind in der deutschen Übersetzung im Interesse der Lesefreundlichkeit nach der aussprachenahen Transkription des Duden wiedergegeben. Eine Ausnahme bilden Namen, deren Schreibweise im Deutschen durch Gewohnheit bereits derart verankert ist, dass eine andere Wiedergabe den Leser nur irritieren würde. Für die Bibliografie und die Quellennachweise in den Anmerkungen wurde die wissenschaftliche Transliteration gewählt. Der herausgebende Verlag hält diesen formalen Bruch insofern für angemessen und vertretbar, als der akademisch interessierte Leser auf diese Weise die Quellen besser auffinden kann, ohne dass die Lektüre ansonsten unnötig erschwert wird. Diese Lösung versucht sowohl dem einschlägig vorgebildeten Fachpublikum als auch interessierten Laien gerecht zu werden.

Am 1. Februar 1918 wechselte Russland vom Julianischen zum westlichen Gregorianischen Kalender, der dem Julianischen um 13 Tage vordatiert war. Soweit nicht

anders angegeben, stimmen alle Datumsangaben im Text mit dem zu diesem Datum geltenden Kalender überein.

Bei der langjährigen Arbeit an diesem Buch hat mich eine immense Zahl von Personen und Institutionen unterstützt, sodass es beim besten Willen nicht möglich ist, ihnen allen namentlich meinen Dank auszusprechen. Ohne die großzügige Unterstützung der im Folgenden aufgeführten Einrichtungen und Institutionen wäre dieses Buch nie vollendet worden: John Simon Guggenheim Memorial Foundation; John D. and Catherine T. MacArthur Foundation; International Research and Exchanges Board; National Council for Eurasian and East European Research; American Council of Learned Societies; Harriman Institute (Columbia University); Hoover Institution (Stanford University); Office of International Programs; Russian and East European Institute und Office of the Vice President for Research (Indiana University).

Mein tief empfundener Dank gilt auch den Mitarbeitern folgender Einrichtungen und Institutionen: Hoover Institution; New York Public Library; Library of Congress; Indiana University Library; National Library, London; Bibliothèque de documentation internationale contemporaine (BDIC), Nanterre; Russische Staatsbibliothek Moskau und Russische Nationalbibliothek St. Petersburg; Staatliche Öffentliche Historische Bibliothek Russlands in Moskau; Informationsinstitut für Gesellschaftswissenschaften an der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau, Bibliothek der Russischen Akademie der Wissenschaften, St. Petersburg; Staatliches Museum für die politische Geschichte Russlands, St. Petersburg; National Archives of the United Kingdom (TNA), Public Records Office (PRO); Staatliches Archiv der

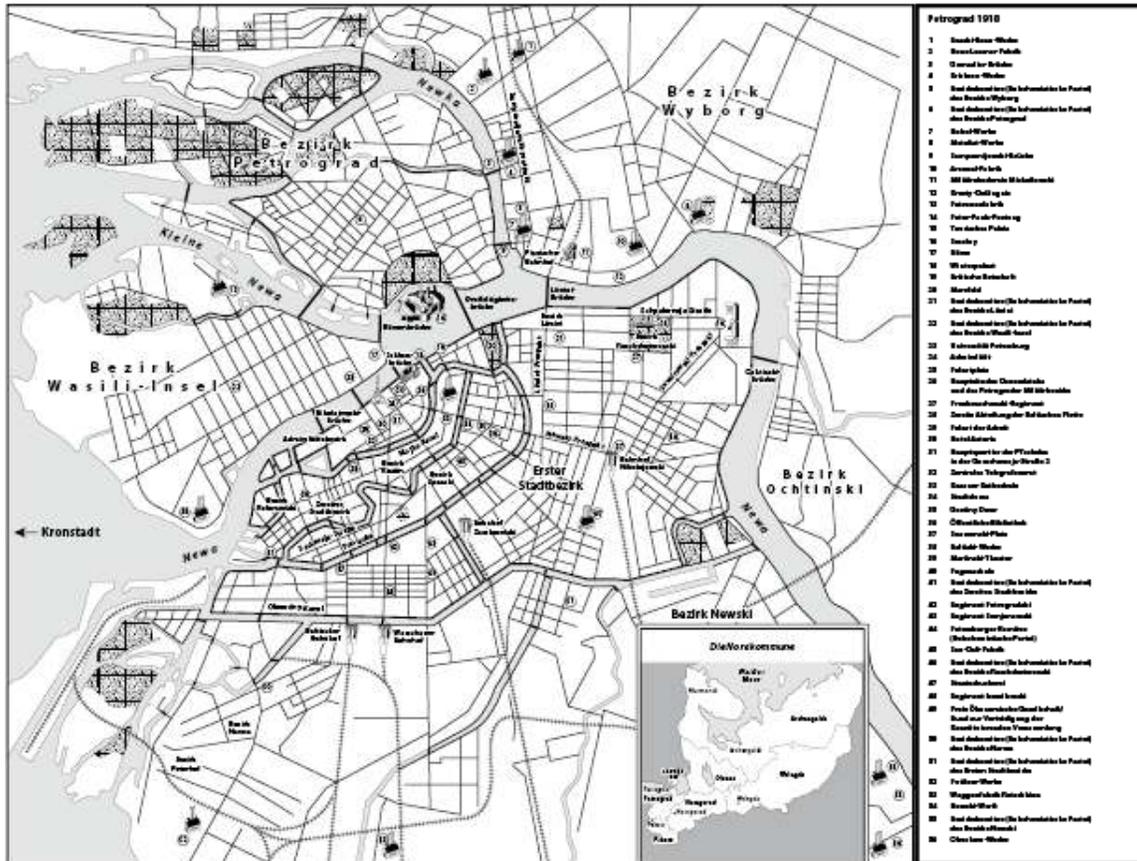
Russischen Föderation, Moskau (GARF); Russisches Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI); Zentrales Staatsarchiv von St. Petersburg (TsGA SPb); Zentrales Staatsarchiv für historisch-politische Dokumente, St. Petersburg (TsGAIPD); Archiv der Oblast Leningrad in Wyborg (LOGAV); Zentrales Staatsarchiv der Marine, St. Petersburg (TsGAVMF); Archivverwaltung des Inlandsgeheimdienstes der Russischen Föderation, Moskau (AU FSB RF); Archivverwaltung des Inlandsgeheimdienstes für St. Petersburg und die Leningrader Oblast (AU FSB SPb i LO).

Seit Beginn der 1980er Jahre haben meine Untersuchungen und Veröffentlichungen besonders vom Austausch mit Historikern in Moskau und St. Petersburg profitiert, insbesondere mit Genrich Joffe, Michail Iroschnikow, Viktor Miller, Albert Nenanorkow, Genadi Sobolew, Vitali Starzew, Pawel Wolobuew und Oleg Snamenski. Seit der Auflösung der Sowjetunion haben sich die Beziehungen zwischen westlichen und russischen Wissenschaftlern normalisiert; diese begrüßenswerte Entwicklung kam mir und vielen anderen zugute. Seit dem ersten Tag meiner Forschungsarbeiten im Leningrader Archiv der [Kommunistischen] Partei (heute TSGAIPD) hat Irina Ilmarowna Sasonowa, Forschungsgruppenleiterin und Archivarin, mir geholfen, wo sie nur konnte; sie ließ mich an ihrem enormen Wissen teilhaben und unterstützte meine Forschungsarbeit in vielerlei Weise. Ebenso die Historikerin und leitende Archivexpertin Taisija Pawlowna, deren wissenschaftliche Hauptinteressen sich mit den meinen decken. Sie ist heute noch so hilfsbereit wie am ersten Tag.

Die St. Petersburger Abteilung des Instituts für Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften kann sich glücklich schätzen, eine Gruppe von herausragenden Wissenschaftlern zu haben, deren Interessensgebiete sich ebenfalls mit dem meinigen überschneiden. Von den Mitarbeitern des Instituts danke ich im Besonderen Boris Ananitsch, Tamara Abrosimowa, Wladimir Tschernjajew, Rafael Ganelin, Boris Kolonizki, Sergei Potolow und Nikolai Smirnow. Sie haben mir Mut zugesprochen und mich mit ihrem Fachwissen ebenso unterstützt wie durch ihre Freundschaft. Für ihren Rat und ihre Unterstützung danke ich außerdem besonders Barbara Allen, Stanislaw Bernew, Richard Bidlack, Nadeschda Tscherepinina, Sergej Tschernow, Barbara Evans Clements, Pete Glatter, Leopold Haimson, Wladlen Ismosik, Alexander Kalmykow, Swetlana Korenewa, Anatoli Krajuschkin, Carol Leadenham, Sergei Leonow, Jaroslaw Leontjew, Moshe Lewin, Alexei Litwin, Nikita Lomagin, Wladlen Loginow, Andrea Lynn, Michael Melancon, Larissa Malaschenko, Wladimir Naumow, Oleg Naumow, Michaela Pohl, Toivo Raun, Anatoli Rasgon, Larissa Rogowaja, Jonathan Sanders, Richard Spence, Michail Schkarowski, Stanislaw Tjutjukin, Phil Tomaseli und Rex Wade. Meine Studenten am Seminar für Geschichte der Indiana University waren mir in den vielen Jahren immer eine Quelle der Inspiration. Auch ihnen bin ich zu großem Dank verpflichtet. Nicht vergessen möchte ich, dass mir Mary McAuleys bahnbrechende Studie, *Bread and Justice: State and Society in Petrograd, 1917-1922*, zu einem besseren Verständnis der größeren Zusammenhänge verholfen hat, in die meine Arbeit eingebettet ist. Dasselbe gilt auch für die Bücher von Donald J. Raleigh, *Experiencing Russia's Civil War: Politics,*

Society, and Revolutionary Culture in Saratow, 1917-1922; Peter Holquists *Making War, Forging Revolution: Russia's Continuum of Crisis, 1914-1921* und Richard Sakwas *Soviet Communists in Power: A Study of Moscow during the Civil War, 1918-1921*. Eine umfassende Sammlung von Essays aus der Zeit nach der Sowjetunion, herausgegeben von V. A. Šiškin, *Petrograd na perelome epoch: gorod i ego žiteli v godu revoljucii i graždanskoj vojny*, lieferten mir anregende Erkenntnisse heutiger Petersburger Historiker, die von besonders großem Interesse für mich sind.

Mein Dank gebührt den Mitarbeitern des Verlags Indiana University Press für ihre Sorgfalt und ihr Engagement bei der Redaktion und Herstellung meines Buches. Und last not least wäre dieses Buch nie erschienen ohne die kontinuierliche Unterstützung, Ermutigung und die stets klugen Ratschläge meiner Frau Janet. Sie las das gesamte Manuskript und machte Verbesserungsvorschläge für mehrere Entwürfe der jeweiligen Kapitel, die mir bei der Überarbeitung unschätzbare Dienste geleistet haben. Für verbleibende Mängel trage selbstverständlich ich allein die Verantwortung.



Prolog - Die Bolschewiki und die Oktoberrevolution in Petrograd

Die Ursachen für die Entwicklung der Bolschewistischen Partei während des ersten Jahrs der Sowjetmacht in Petrograd und die Faktoren für die Herausbildung eines autoritären Einparteiensystems sind einerseits in den Umständen zu suchen, die durch die Februarrevolution und den Sturz von Zar Nikolaus II. geschaffen worden waren, liegen andererseits aber auch im Charakter und in der Zusammensetzung der Bolschewistischen Partei von 1917 und in der Dynamik der Oktoberrevolution, die sie an die Macht getragen hatte.

Aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg hatte die russische Gesellschaft politische und wirtschaftliche Instabilität, technologische Rückständigkeit und eine tiefe soziale Spaltung geerbt. Vor diesem Hintergrund wirkten eine verheerende Kriegsführung, eine Kette militärischer Niederlagen, volkswirtschaftliche Verwerfungen und die allgemeine Empörung über die Ausschweifungen der Monarchie als Auslöser der Februarrevolution, die zwei Anwärter auf die Staatsmacht hervorbrachte: Da war zum einen die offizielle Provisorische Regierung, in der zunächst bekannte Liberale den Ton angaben und die später, von April an, aus einer brüchigen Koalition zwischen Liberalen (vorwiegend Konstitutionellen Demokraten bzw. Kadetten) und gemäßigten Sozialisten bestand. (Letztere gehörten vorwiegend den gemäßigten Sozialdemokraten bzw. Menschewiki und den Sozialrevolutionären als Vertretern der Bauernschaft an.)

Der zweite Anwärter auf die Macht war der Sowjet – zunächst der Petrograder Sowjet, der während der Februarrevolution entstanden war, und von Mitte des Sommers an auch die nationalen Exekutivkomitees weiterer Sowjets: das Gesamtrussische Zentrale Exekutivkomitee der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und das Gesamtrussische Exekutivkomitee der Sowjets der Bauerndeputierten. Diese nationalen Ausschüsse wurden auf Kongressen gewählt, zu denen Vertreter der Stadt- und Bauernsowjets aus dem ganzen Land entsandt wurden, und verfügten daher aufgrund ihrer weitaus größeren und überdies ständig zunehmenden Unterstützung von Arbeitern, Bauern, Soldaten und Matrosen über mehr politisches Gewicht als die Provisorische Regierung.

Solange die Exekutivorgane der Sowjets von den gemäßigten Sozialisten dominiert wurden, erkannten sie die Provisorische Regierung an und unterstützten im Interesse einer fortgesetzten Partnerschaft mit den Liberalen deren Politik, durchgreifende politische, wirtschaftliche und soziale Reformen sowie die Einberufung einer Konstituierenden Versammlung hinauszuzögern. In ihren Augen war die Regierungsbeteiligung der Liberalen eine unabdingbare Voraussetzung für die militärische Sicherheit und nationale Wiedergeburt Russlands. Doch je mehr vom Frühjahr und Sommer 1917 an in der Bevölkerung Enttäuschung über die Ergebnisse der Februarrevolution um sich griff, desto stärker setzten die aufständischen Massen Petrograds die – von den gemäßigten Sozialisten beherrschten – nationalen Sowjetgremien unter Druck, die Macht in die eigenen Hände zu nehmen. Wie die weiteren Ereignisse zeigten,

konnten die elementaren gesellschaftlichen Kräfte, die in der Februarrevolution freigesetzt worden waren, nicht wieder zurückgedrängt oder in vollem Lauf aufgehalten werden. Die Sowjets galten der Bevölkerung als Vorboten und Werkzeuge des gesellschaftlichen Fortschritts.

Wladimir Iljitsch Lenin, Gründer und Kopf der Bolschewistischen Partei, war praktisch der einzige führende Politiker Russlands, der diese Zusammenhänge instinktiv erfasste. Schon bei Kriegsausbruch war er davon überzeugt, dass der Weltkrieg unweigerlich in allen beteiligten Ländern zu sozialistischen Revolutionen führen werde. Als das alte Regime gestürzt wurde, befand sich Lenin in der Schweiz. Bei seiner Rückkehr nach Petrograd Anfang April 1917 rief er zu einer sofortigen zweiten, »sozialistischen« Revolution in Russland auf. Nachdem er sich mit den Umständen genauer vertraut gemacht hatte (wobei er unter anderem feststellte, dass viele seiner engsten Mitarbeiter wenig Verständnis für eine schroffe, radikale revolutionäre Aktion aufbrachten), ließ er diesen Plan zwar als unmittelbares Ziel fallen, bereitete jedoch die Bolschewistische Partei darauf vor, die Provisorische Regierung bei nächster Gelegenheit durch eine linke »Sowjetregierung« zu ersetzen. Eben darin lag seine brillante historische Leistung zu jener Zeit.

Allerdings darf bei der Beurteilung der Rolle Lenins nicht außer Acht gelassen werden, dass er sich von Februar bis Oktober 1917 vorwiegend im Ausland oder in Verstecken aufhielt und sich daher nicht regelmäßig mit seinen Mitstreitern in Russland austauschen konnte. Die bolschewistische Führungsspitze zerfiel damals in drei Gruppen. Zur Gruppe der Linken zählten unter anderem Lenin und Leo Trotzki. Für sie war die Errichtung einer

revolutionären Sowjetregierung in Russland kein eigenständiges Ziel, sondern der Auftakt zur unmittelbar bevorstehenden sozialistischen Weltrevolution. Die Mitte setzte sich aus einer Gruppe oftmals recht eigenwilliger Köpfe zusammen, deren Ansichten über die Zukunft der russischen Revolution mit ihrer Auslegung der aktuellen Lage wechselten. Die Rechte schließlich bestand aus der sehr einflussreichen Gruppe nationaler Parteiführer um Lew Kamenew, die eine weitaus gemäßigtere Einstellung vertrat. Zu ihr zählten Grigori Sinowjew, Wladimir Miljutin, Alexei Rykow und Viktor Nogin (Mitglieder des bolschewistischen Zentralkomitees) sowie Anatoli Lunatscharski. Der Beitritt einflussreicher linker Menschewiki, unter ihnen Juri Larin, Solomon Losowski und der selbstständige Denker, Gewerkschaftsführer, Marxist und Humanist David Rjasanow, auf dem Sechsten Gesamtrussischen Parteitag der Bolschewistischen Partei Ende Juli bescherte den Rechten einen deutlichen Zuwachs an Anhängern und Einfluss. Diese Gruppe bezweifelte, dass im Westen in Kürze größere sozialistische Revolutionen zu erwarten waren. In ihren Augen sollte die Übergabe der Macht an die Sowjets in der zweiten Hälfte des Jahres 1917 die linken sozialistischen Parteien und Fraktionen zu einem festen Bündnis zusammenschmieden. Dieses sollte für eine Übergangszeit eine rein sozialistische Koalitionsregierung bilden, Friedensverhandlungen einleiten und durch die Einberufung der Konstituierenden Versammlung eine grundlegende Reform der Gesellschaft vorbereiten. In Lenins Abwesenheit war die Orientierung dieser Gruppe maßgeblich für das politische Programm, das die Bolschewiki in der Öffentlichkeit vertraten.

Zudem nahmen die Ereignisse oftmals einen so raschen Verlauf, dass das Zentralkomitee der Bolschewiki gar nicht dazu kam, seine Politik mit Lenin abzustimmen. Darüber hinaus mussten untergeordnete Parteigremien unter den damaligen Umständen häufig ohne Anweisungen von oben oder sogar im Widerspruch dazu auf neue Gegebenheiten reagieren. Hinzu kommt, dass die Bolschewiki infolge deutlich gelockerter Mitgliedschaftsbedingungen 1917 zu einer Massenpartei anwuchsen. Auch waren ihr Programm und ihre Politik 1917 von dem starken, direkten Einfluss der einfachen Mitglieder geprägt und spiegelten daher die Bestrebungen der Bevölkerung unmittelbar wider.

Gleichzeitig entwickelte die Revolution unter Fabrikarbeitern, Soldaten und Bauern eine so starke Eigendynamik, dass die Bolschewiki bisweilen ihrer Basis folgen mussten, statt umgekehrt. Am 1. Juli beispielsweise wies das Zentralkomitee unter dem Einfluss seines gemäßigten Flügels die Regionalkomitees an, mit aller Kraft auf einen möglichst baldigen Kongress der linken Sozialisten hinzuarbeiten, der alle demokratischen Kräfte zusammenführen sollte, einschließlich der Gewerkschaftsführer und der Vertreter der internationalistischen Flügel jener Parteien, die noch nicht mit den Vaterlandsverteidigern gebrochen hatten (beispielsweise die Linken Sozialrevolutionäre und die Menschewiki-Internationalisten).¹ Gleichzeitig wurden die Regionalkomitees aufgefordert, Wahlen für die Konstituierende Versammlung vorzubereiten.² Doch auf Druck ihrer überaus militanten Basis beteiligten sich radikale Mitglieder des Petersburger Komitees und der Militärischen Organisation nur zwei Tage später gegen den

Willen der Gemäßigten und Lenins sowie seiner engsten Mitarbeiter maßgeblich an dem erfolglosen Juli-Aufstand.

Oberflächlich betrachtet endete der Juli-Aufstand für die Bolschewiki mit einer verheerenden Niederlage. Selbst die meisten gemäßigten Sozialisten wandten sich gegen sie. Lenin musste sich verstecken, viele bolschewistische Führer wurden inhaftiert, das Wachstum der Partei kam vorübergehend zum Stillstand, und die Vorbereitungen auf einen Kongress der sozialistischen Linken wurden eingestellt. Doch die wütende Verfolgung der Bolschewiki hatte auch andere, unbeabsichtigte Folgen: Sie bewirkte eine weitere Radikalisierung und Stärkung linker Gruppen innerhalb des gemäßigten sozialistischen Lagers, beispielsweise der Menschewiki-Internationalisten und der Linken Sozialrevolutionäre. Dies wiederum veranlasste die Mehrheit des bolschewistischen Zentralkomitees (wenn auch nicht Lenin) dazu, das Projekt eines linken sozialistischen Blocks neu zu beleben. Mitte Juli erging eine Einladung an die »Internationalisten« der anderen Parteien, mit beratender Stimme am bevorstehenden nationalen Parteitag der Bolschewiki teilzunehmen. Auf lokaler Ebene arbeiteten Bolschewiki, Menschewiki-Internationalisten und Linke Sozialrevolutionäre in Basisorganisationen wie den Bezirkssowjets ohnehin bereits erfolgreich zusammen. Der bemerkenswerteste Aspekt des Juli-Aufstands, betrachtet man ihn im Lichte der erfolgreichen Taktik der Bolschewiki in der Oktoberrevolution, dürfte allerdings darin bestehen, dass

er die große Anziehungskraft ihres revolutionären Programms auf die Bevölkerung zum Ausdruck brachte.

Worin bestand dieses Programm? Im Gegensatz zu weit verbreiteten Vorstellungen traten die Bolschewiki 1917 nicht für die Diktatur einer einzelnen Partei ein. Vielmehr forderten sie eine demokratische »Volksmacht«, die vorbehaltlich der baldigen Einberufung der Konstituierenden Versammlung von einer Mehrparteienregierung ausgeübt werden und ausschließlich aus Sozialisten und Vertretern der Sowjets bestehen sollte. Außerdem forderten sie mehr Land für Einzelbauern, mehr Mitspracherecht der Arbeiter bei der Leitung der Betriebe (»Arbeiterkontrolle«), eine sofortige Verbesserung der Lebensmittelversorgung und, vor allem, ein rasches Ende des Kriegs. Alle diese Ziele wurden in prägnante Parolen gefasst: »Brot, Land, Frieden!«, »Alle Macht den Sowjets!« und »Sofortige Einberufung der Konstituierenden Versammlung!«

Die kombinierte Wirkung und das politische Gewicht dieser beiden Schlüsselfaktoren – der Anziehungskraft des politischen Programms der Bolschewiki und ihrer sorgsam gepflegten Verbindungen zu revolutionären Arbeitern, Soldaten und Matrosen – zeigten sich im Herbst 1917, als die Linke einen Putsch des Oberbefehlshabers der russischen Armee, General Lawr Kornilow, binnen Kurzem niederschlug. Der Marsch der Kornilow-Truppen auf Petrograd wurde von allen in den Sowjets zusammengeschlossenen sozialistischen Gruppen gemeinsam zurückgeschlagen. Die Bolschewiki spielten dabei allerdings eine besonders entscheidende Rolle, weil sie in der Lage waren, kurzfristig Fabrikarbeiter, kasernierte Soldaten und Matrosen der Baltischen Flotte

zur Verteidigung der Revolution zu mobilisieren. Die rasche Niederlage Kornilows steigerte daher das Ansehen der Bolschewiki in der Bevölkerung und wurde zugleich als eindeutige Bestätigung ihres gemäßigten Flügels aufgefasst, der den Zusammenschluss aller sozialistischen Gruppen im Interesse der revolutionären Ziele des bolschewistischen Parteiprogramms anstrebte.

Am 1. September verabschiedete der Petrograder Sowjet eine von Kamenew eingebrachte Resolution, die den Ausschluss der Bourgeoisie von der Staatsmacht und die Bildung einer neuen, ausschließlich sozialistischen Regierung forderte. Diese Resolution wurde von vielen als Aufruf zur Übertragung der politischen Macht an die Sowjets interpretiert, obwohl Kamenew selbst nicht auf dieser Auslegung bestand. Die gemäßigten Bolschewiki, die seinen Standpunkt teilten, hätten sich zunächst auch mit einer sozialistischen Koalitionsregierung zufriedengegeben, in der sämtliche sozialistischen Parteien und, neben den Sowjets, auch »demokratische« Einrichtungen wie Gewerkschaften, Semstvos, Stadtdumas und Genossenschaften vertreten gewesen wären.

Die Verabschiedung der Resolution Kamenews verschaffte den Bolschewiki de facto die Kontrolle über den Petrograder Sowjet, was ihnen die Machteroberung im Oktober wesentlich erleichterte. Von den nationalen Exekutivkomitees der Sowjets wurde sie jedoch zunächst verworfen.

Auch die »Demokratische Beratung«, auf der »demokratische« Organisationen aus ganz Russland vom 14. bis 22. September in Petrograd die Regierungsfrage erörterten, sprach sich gegen die Schaffung einer rein sozialistischen, auf die Sowjets gestützten Regierung aus.

Dennoch zeigte die Beratung, dass die linken Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit ihrer weitgehenden Unterstützung für das bolschewistische Programm, wie es in der Resolution des Petrograder Sowjets vom 1. September verkörpert war, innerhalb des gemäßigten sozialistischen Lagers stark an Einfluss hinzugewonnen hatten. Als die Demokratische Beratung dem allgemeinen Wunsch nach einem sofortigen Regierungswechsel nicht nachkam, richteten sich die Erwartungen der Bevölkerung folglich wieder auf die Sowjets: Sie sollten über die Politik Russlands entscheiden. Dieser Umschwung kam Ende September darin zum Ausdruck, dass die Linken Sozialrevolutionäre, deren unmittelbare politische Ziele mittlerweile mit denjenigen der Bolschewiki übereinstimmten, auf der Siebten Konferenz ihres Petrograder Verbands eine überwältigende Mehrheit erhielten. Am 21. September forderten die Bolschewiki und die Linken Sozialrevolutionäre gemeinsam die vorgezogene Einberufung eines zweiten gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten, der auf Drängen der Sowjetdelegierten in der Demokratischen Beratung für den 20. Oktober anberaumt (und später auf den 25. Oktober verschoben) wurde. Das in diesem Beschluss enthaltene grundlegende Ziel, dass dieser zweite gesamtrussische Sowjetkongress eine homogene sozialistische Regierung einsetzen sollte, bestimmte die politische Arbeit der Bolschewiki sowie der Linken Sozialrevolutionäre und Menschewiki-Internationalisten in der zweiten Septemberhälfte und ersten Oktoberwoche.

Lenin bemühte sich im August und September nach Kräften, von seinem Versteck in Finnland aus Einfluss auf die Politik der Bolschewiki zu nehmen. Nach dem kläglich gescheiterten Juli-Aufstand, der den Bolschewiki reichlich Kritik von der gemäßigt-sozialistischen Sowjetführung eingetragen hatte, ließen sich seine Parteikollegen nur schwer davon überzeugen, statt der Übertragung der Macht an die Sowjets einen unabhängigen bewaffneten Aufstand vorzubereiten. Später war selbst Lenin derart beeindruckt von der Leichtigkeit, mit der die Bolschewiki, Menschewiki und Sozialrevolutionäre gemeinsam Kornilow besiegt hatten, dass er in einem Essay von Anfang September, »Über Kompromisse«, die Möglichkeit einräumte, dass die Revolution doch noch einen friedlichen Verlauf nehmen könnte, wenn die nationale Sowjetführung ohne weitere Verzögerung die Macht übernehmen würde.

Doch seine versöhnliche Stimmung war nicht von Dauer. Schon Mitte September bestand Lenin erneut auf der unabdingbaren Notwendigkeit eines bewaffneten Aufstands im Interesse der Revolution. Die starke Stellung der extremen Linken in Finnland, die neu gewonnene bolschewistische Mehrheit in den Sowjets von Petrograd und Moskau, der enorme soziale Aufruhr unter den landhungrigen Bauern, die zunehmende Auflösung der Armee an der Front und die immer eindringlicheren Forderungen der Soldaten nach Frieden, die Anzeichen revolutionärer Stimmungen in der deutschen Flotte und weitere Faktoren dieser Art bestärkten Lenin in der Hoffnung, die Machteroberung der Bolschewiki werde in den Städten auf so große Unterstützung stoßen, dass aus der Provinz und von der Front kein Widerstand mehr zu erwarten sei. Vor allem hoffte er, ein gewaltsamer

Volksaufstand und die Errichtung einer wahrhaft revolutionären Regierung in Russland werde als unmittelbarer Auslöser siegreicher Massenaufstände in anderen europäischen Ländern wirken. Aus diesen und ähnlichen Gründen forderte Lenin am 12. und 14. September, gerade als die Demokratische Beratung zusammentrat, das Zentralkomitee in zwei flammenden Briefen auf, die Beratung zu verlassen und »ohne eine Minute zu verlieren« die Organisation eines bewaffneten Aufstands in Angriff zu nehmen.³

Die Parteiführer in Petrograd waren wie vom Donner gerührt. Am 15. September, wenige Stunden nach Eingang der Briefe, trat das Zentralkomitee der Bolschewiki zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. An dieser Sitzung nahmen nicht nur die üblichen Vertreter der Parteiführung aus Petrograd teil, sondern auch mehrere andere Mitglieder des Zentralkomitees, die sich aus Anlass der Demokratischen Beratung vorübergehend in der Hauptstadt aufhielten. Sie alle reagierten recht zurückhaltend auf Lenins Appelle. Am meisten beschäftigte sie offenbar die Frage, wie ihr Inhalt geheim gehalten werden konnte. Unbeirrt von Lenins Briefen hielt die bolschewistische Führung gemeinsam mit den Linken Sozialrevolutionären und anderen linken Gruppen an ihrem Kurs fest, auf dem bevorstehenden nationalen Sowjetkongress eine rein sozialistische Regierung zu bilden. Gleichzeitig beschloss die Parteiführung mit mehrheitlicher Zustimmung der bolschewistischen Delegierten der Demokratischen Beratung, für den 17. Oktober, kurz vor dem Sowjetkongress, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen.⁴ Dort sollte über die Taktik der Bolschewiki gegenüber dem

Sowjetkongress und über die direkt damit verbundene Frage, welcher Art und Zusammensetzung die neue Regierung sein solle, entschieden werden.

Lenin war über diese Abfuhr hell empört. Zunächst von Finnland, und ab Ende September von seinem Versteck am nördlichen Stadtrand Petrograds aus kanzelte er seine Parteikollegen in beißendem Ton ab und forderte in immer schärferen Worten den sofortigen Sturz der Provisorischen Regierung. Auf einer historischen Sitzung des Zentralkomitees am 10. Oktober war Lenin persönlich anwesend, um seinen Standpunkt zu vertreten. Streitpunkt war die Abkehr von der Strategie der friedlichen Machtübergabe an die Mehrparteiensowjets, der die Partei ihren außerordentlichen Zugewinn an Einfluss und Ansehen bei den revolutionären Massen in erster Linie verdankte. Darüber hinaus galt es die Parteiführung irgendwie davon zu überzeugen, dass diese Entscheidung aufgrund der äußerst prekären Lage nicht auf den nur eine Woche entfernten Parteitag verschoben werden konnte, da sich dieser, wie aus diesbezüglichen Debatten zwischen den Parteien der Demokratischen Beratung hervorging, einer Machtübernahme vor dem Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongress energisch widersetzt hätte. Da nur zwölf von 21 Mitgliedern an der Sitzung des Zentralkomitees teilnahmen, waren die Leninisten in der Diskussion im Vorteil. Am Ende beugten sich zehn der zwölf Teilnehmer (alle bis auf Kamenew und Sinowjew) dem Standpunkt Lenins und erklärten sich damit einverstanden, die Machteroberung »auf die Tagesordnung« zu setzen und somit dem geplanten Parteikongress – der niemals stattfand – zuvorzukommen.